Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2627/**035**

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2026/2027 11. Oktober 2026

Sachantrag

der Fraktion Internationaler Jugendverein (IJV)

Bildung statt Bomben!

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Petitum

Das Studierendenparlament der Universität Hamburg unterstützt die Kampagne **„Bildung statt Bomben – Stoppt die Kürzungen an den Unis!“** und fordert den AStA auf, sich mit eigenen Aktionen an der Kampagne zu beteiligen und im Rahmen seiner Möglichkeiten die Kampagne zu unterstützen.

An unseren Unis wird gekürzt. Das bedeutet wegfallende Tutorien und überfüllte Seminare, gestrichene Professuren, Schwerpunkte und Studiengänge, Einstellungsstopps beim eh schon unterbesetzten Personal und steigende Semesterbeiträge und Mensapreise. In Hamburg zahlen wir als Studis jetzt 402 Euro Semesterbeitrag, 736 Euro für ein WG-Zimmer (?!) und beim Essen in den Mensen müssen wir auch am meisten bleichen. **Es ist kein Zufall und auch kein Versehen. Es ist die Konsequenz einer Politik, die bei Bildung und Sozialem jeden Cent kürzt, während für Aufrüstung und Krieg und die Militarisierung von uns jungen Menschen Milliarden ausgegeben werden. Mittlerweile fließt jeder dritte Euro in die Aufrüstung!**

Während in Hamburg die Kosten für den Einsatz von Polizei, Feuerwehr, Landesbehörde und städtische Logistikbetriebe während des NATO-Manövers Red Storm Charlie getragen werden, plant der Hamburger Senat im Doppelhaushalt 2027/2028 jährliche Einsparungen von 600 Millionen Euro. Der Hamburger Rechnungshof taxiert die tatsächlichen Kürzungen auf eine Milliarde und damit um 400 Millionen Euro höher als der Senat.

Wer Studierende (wie Dorothee Bär) als privilegiert bezeichnet, der lügt. Es studieren nicht mehr nur die Kinder der Reichen, sondern über die Hälfte aller Schulabgänger:innen. Doch statt sich aufs Studium konzentrieren zu können, geht es angesichts hoher Lebenshaltungskosten, steigender Mieten, fehlendem BAföG und langer, teurer und langer Pendelwege oft nur darum, irgendwie über die Runden zu kommen. In Hamburg pendelt mehr als ein Viertel der Studierenden aus äußeren Bezirken zu den Hochschulen und braucht 30-59 Minuten zur Uni. Mit den aktuellen Kürzungen steigt die Angst für viele, sich

das Studium nicht mehr leisten zu können. Im Durchschnitt kostet ein Studium in Hamburg an staatlichen Universitäten 1.450 Euro im Monat. Und das ganz ohne Studiengebühren.

Die Kürzungen sind auch eine Gefahr für die Unabhängigkeit und Qualität der Wissenschaft. Durch die fehlenden Gelder sind Unis immer mehr auf private Drittmittel angewiesen. Konzerninteressen, besonders aus der Rüstungsindustrie, bestimmen noch direkter die Lehr- und Forschungsinhalte. Schon jetzt ist die UHH auf Drittmittel angewiesen. Fast 1/3 des Budgets stammt nicht vom Land Hamburg, sondern muss über Wettbewerbe und Kooperationen extern eingeworben werden. Lehrende und wissenschaftliche Beschäftigte hangeln sich von Befristung zu Befristung und studentische Beschäftigte arbeiten immer noch ohne flächendeckenden TVStud. Hamburg gehört zu den vier Bundesländern mit den kürzesten Vertragslaufzeiten (im Mittel 8,9 Monate).

Wir können Sparpolitik an den Unis nicht getrennt betrachten von den massiven Angriffen auf den Acht-Stunden-Tag, die Rente und Gesundheitsversorgung oder das Sozialsystem. Sie sind Ausdruck derselben Politik, die auf die Interessen der großen Mehrheit scheißt, damit einige wenige immer reicher werden und sich für den nächsten Krieg hochgerüstet werden kann. **Darum ist unser Kampf verbunden mit allen, die sich gegen die Sparpolitik und die Angriffe der Bundesregierung auf Lebens- und Arbeitsbedingungen einsetzen!**

Als Studierende und Beschäftigte haben wir bereits im letzten Semester gezeigt, dass wir das nicht einfach so hinnehmen werden. Angefangen hier in Hamburg mit dem Hochschulaktionstag, wo wir als Studierende und Beschäftigte für bessere Arbeits- und Studienbedingungen gestreikt haben bis hin zur Demo “Wissen schafft Zukunft” am 11.06, wo wir mit knapp 8.000 gegen die Unterfinanzierung vor das Rathaus gezogen sind. Auf diesen Kämpfen gilt es aufzubauen und diese insbesondere in den Fachbereichen zu verstetigen. Höhepunkt kann die nächste Demonstration am 26.11.26 sein.

Wir fordern:

- Rücknahme aller Kürzungen an unseren Hochschulen! Wir brauchen gute Studienbedingungen statt Sparzwang an unserer Zukunft!
- Ausfinanzierung der Studierendenwerke! Abschaffung der Verwaltungskostenpauschalen, keine Erhöhungen bei Semesterbeiträgen, und Mensapreisen und mehr studentischen Wohnraum! BAföG ohne bürokratische Hürden, das zum selbstbestimmten Leben reicht!
- Sichere Bedingungen für alle an der Hochschule: Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, mehr Unterstützung für internationale Studierende (das heißt auch: Sperrkonten abschaffen) und keine Entlassungen und Einstellungsstopps!
- Keine Forschung fürs Militär – Zivilklauseln ausweiten und einhalten!

Begründung

3

81 s.o.